

Sächsische Tageszeitung und Elbgaupresse

Hauptsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Post-Routen: Allg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Postfach-Routen: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaften Dresden-Alst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden,
sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rochwitz, Bählan, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pilsnitz, Döbritz, Laubegast.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Zugpreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz
Sonntag, 17. Oktober 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum
1.— Mark, im Textzeile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Zuschlag.
Anzeigen-Aufnahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Die Politik der verflochtenen Woche.

Die Meinungsüberschneidungen der Alliierten in der ober-
schlesischen Frage scheinen äußerlich aus der Welt geschafft oder
doch verflüchtigt zu sein. General Peroud ist nach Oberschlesien
zurückgekehrt und eine offizielle Erklärungsmission sucht die Differenzen
zwischen ihm und englischen Kreisleitern als unbefriedigt
hinzustellen. Ob die Verwertung Oberschlesiens als unbeeinträchtigt
hinzustellen wird, bleibt abzuwarten. Nach den vorlie-
genden Nachrichten sind die geordneten Zustände noch nicht
wieder überall hergestellt und politische Übergänge bleiben an der
Tagesordnung. Ueber den Termin der Abstimmung ist noch nichts
bekannt geworden. Jedenfalls muß erst volle Ordnung in Ober-
schlesien hergestellt sein und es muß auch die nötige Zeit für die
Vorbereitung der Abstimmung zur Verfügung stehen. Die neuesten
Versuche der Polen, die Anzahl der deutschen Abstimmungsbe-
rechtigten zu verkleinern, werden wohl, da sie in offenem und aus-
drücklichem Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Ver-
trages stehen, auch in Paris abgelehnt werden, doch erfordert nach
wie vor gerade die obereschlesische Frage die gespannteste Aufmerk-
samkeit und tüchtige Fürsorge in Volk, Partei und Regierung.
Auf dem Parteitag der Arbeitersozialdemokraten in Kassel hat
die Erörterung der auswärtigen Politik einen ziemlich breiten
Raum eingenommen. Insbesondere der von Welt erhaltene Bericht
hat sich eingehend mit ihr befaßt. Allgemein gewinnt man
den Eindruck, daß die Sozialdemokratie in außenpolitischen
Dingen ein klein wenig realistischer geworden ist und vor der
Betonung nationaler Notwendigkeiten wenigstens nicht mehr
völlig zurückbleibt. So kann man mit manchem, was im Re-
ferat von Welt und in den Reden der Debatte ausgeführt
wurde, einverstanden sein. Erwähnung und Zustimmung
verdient insbesondere die ausdrückliche Hervorhebung der
Notwendigkeit der Revision des Versailler Vertrages, nicht
nur in seinen wirtschaftlichen, sondern auch in territorialen
Bestimmungen (z. B. Danzig). Die Zurückführung der Sozial-
demokraten, daß die Revision mit Hilfe des internationalen
Proletariats erfolgen werde, können wir freilich, wie die
Dinge heute liegen, ganz und gar nicht teilen. Auf dem Par-
teitage selbst ist ja gegenüber den „kontinentalpolitischen“ (d. h.
französischen) Illusionen lebhaft hervorgehoben wor-
den, wie schwer die französische Arbeiterchaft und der fran-
zösische Sozialismus gegenüber dem imperialistisch-militärischen
Tendenzen ihres Landes sind. Wir erwarten die
Revision des Versailler Vertrages vom Zwange der Verhält-
nisse, vom Zusammenwirken aller der Interessen in Europa
und in der Welt, welche die dauernde Niederhaltung oder
Zertrümmerung Deutschlands nicht dulden können — vor
allem aber von unserer eigenen nationalen Wiedergeburt.
In Halle tagen die Unabhängigen. Man kann diesen Partei-
tag ruhig die Tagung der Schwäber nennen, denn was bisher
autage gefördert wurde, waren nur leere Sanktionen. Die
Unabhängigen haben als große Partei abgewirtschaftet, sie
werden sich zerfallen in Kommunisten und einer Schar poli-
tisch Obdachloser, welche froh sein werden, wenn sie von den
Rechtssozialisten wieder wie der verlorene Sohn aufgenom-
men werden. Mit den Kommunisten, welche auf diesem Partei-
tag offen mit dem Bürgerkrieg gespielt haben, kann man in
ruhiger Weise über Politik nicht reden. Je weniger man sie
bedenkt, je eher werden sie auch wieder aus der politischen
Arena verschwinden. — Ueberall, wo in deutschen Gebieten
Volkswahlbestimmungen statgefunden, vermag sich die Sache des
Deutschtums den arbeitschwierigkeiten und dem rückfö-
hlichen Terror zum Trotz erfolgreich zu behaupten. So hat
in diesen Tagen die Volksabstimmung in Kärnten einen vollen
deutschen Sieg gebracht, obwohl die Einkäuferungs- und
Gewaltspolitik der Jugoslawen kaum mit zarteren Methoden
arbeitete als anderwärts etwa die der Polen und obwohl man
bei der Wahl zwischen Deutschösterreich und Jugoslawien vor
ein wirtschaftliches Gesichtspunkte eher schwanken konnte, als
bei der Wahl zwischen Deutschland und Polen. Jugoslawien
ist ein reiches Land, das zwar noch unter innerer Zusammen-
hanglosigkeit, unter dem Mangel von Eisenbahnen, Häfen,
Kohle und Transporteinrichtungen leidet, das aber schon
im letzten Jahre eine Ernte hatte, so groß wie die des alten
Ägypten und dessen künftige wirtschaftliche Konsolidierung
nach Ueberwindung der gegenwärtigen Uebergangsschwierig-
keiten außer Frage steht. Trodem haben die Kärntner deutsch
gestimmt. Wir wollen deshalb an der unverrücklichen Hoff-
nung festhalten, daß sie nur für den Augenblick ihr engeres
Vaterland Deutschösterreich gewählt haben, für später aber
das große Deutsche Reich.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Am Donnerstag wurde ein Antrag Dörmann, dem Ernäh-
rungsminister Dr. Bernes ein Mißtrauensvotum einzufordern,
mit 139 gegen 137 Stimmen angenommen. Zur Sozialisierungs-
frage wird die von Dr. Adolf Braun eingebrachte Resolution ein-
stimmig angenommen. In dieser heißt es u. a.: Verhinderung der
Stilllegung und Verbindung leistungsfähiger Betriebe, gesunde
Preisgestaltung der Rohstoffe durch eine zielbare Handelspolitik
und Produktionsförderung, Gefundung unseres Geldwesens auf
neuen wirtschaftlichen Grundlagen, produktive Gestaltung der Ar-
beitslosenfrage, Förderung des Genossenschaftswesens, Kommu-
nalisierung lebenswichtiger Betriebe, insbesondere des Handels mit
Lebens-, Genuss- und Heilmitteln, Intensivierung der Landwirtschaft,
Erdhaltung der Zwangswirtschaft, wo sie die Steigerung der
Lebensmittelpreise verbindet, Preiskontrolle durch das Reich, groß-
zügige, wenn auch schrittweise Verstaatlichung der Produktions-
mittel; dann heißt es weiter: Die Sozialisierung ist taufkräftig
überall dort zu fördern, wo innerhalb der Produktion die Voraus-
setzungen gegeben sind, vor allem für die Kraftquellen, den Kohlen-
bergbau, die Kohlenverteilung und die Rohstoffe- und Stahlher-
stellung im Sinne des Art. 139 des Versailler Vertrages. Sollen für
die sofortige Sozialisierung keine Mittel vorhanden sein, so
ist der Volkskongress anzurufen. — Das Haus verlegt sich dann auf
Freitag.

Am Freitag stand auf der Tagesordnung: Das Partei-
programm und die Richtlinien für die Agrarpolitik. Hier-
über referierte Dr. Adolf Braun und betonte, daß das Er-
forderliche Programm nicht mehr genüge und fuhr fort: Wir wol-
len aber nicht den Moskauer Geist über uns ergehen lassen,
sondern ein Programm der deutschen Arbeiterchaft, das den
Forderungen der Gegenwart und unseren Zukunftshoffnungen
gerecht wird, und wir wollen nicht ein Programm für
unser Arbeiter allein, sondern für die gesamte Arbeit-
erschaft Deutschlands. Wir wollen keine Abenteuerpolitik mehr
haben und scharfe Grenzlinien gegen alle anderen Parteien
ziehen. In der Wirtschaftspolitik wird der Uebergang von
heute zur neuen Zeit besonders schwierig sein. Unsere Land-
wirtschaft ist trotz ihrer hohen Gewinne durch die extensive
Wirtschaft in Niedergang. Unsere Industrie kann nicht mehr
ausführen, und doch müssen wir sehr viel ausführen. Unsere
Staatswirtschaft geht dem Bankrott entgegen, aber wir sind
nicht am Untergang. Die Qualität unserer Arbeit kann uns
ein neues Deutschland schaffen. Die Arbeiterchaft kann es
wieder gesund machen, wenn sie die Macht über die deutsche
Wirtschaft bekommt. Bis morgen mittag können wir aller-
dings das Aktionsprogramm nicht schaffen. Auch an die De-
mokratisierung des Völkerbundes müssen wir in unserem
Programm denken. Der Völkerbund muß die Oberhoheit über
die ganze Abstraktion haben, das Geldwesen, die Konkurrenz-
verhältnisse, Schiffverkehr usw. ausgleichen und alle Völker
ausgleicheln. In der inneren Politik müssen wir die Stellung
des Reiches stärken und den Partikularismus bekämpfen, die
Kirchlichen Angelegenheiten, das Frauenrecht, das Gesund-
heitswesen, Steuerrecht usw. regeln, ferner Sozialisierung
und Kommunalisierung. Redner schlägt eine Resolution vor,
in der eine Programmkommission von sieben Mitgliedern
empfohlen wird, die in Monatsfrist in Berlin unter Einziehung
von etwa 15 anderen Parteimitgliedern eine Konferenz
abhalten soll, um den Arbeitsplan zu bestimmen. Dieser Kon-
ferenz soll bis Ende Juni 1921 der neue Programmentwurf
für kleinere Kommissionen vorgelegt werden. Ueber die Richt-
linien der Agrarpolitik referierte Georg Schmidt, Ropen-
lager. Er empfiehlt die Sozialisierung des landwirtschaft-
lichen Betriebes. Der Betriebesgenossenschaft des einzelnen
verteile die Lebensmittel. Die Frage der Verteilung von Grob-
schick, Mittel- und Kleinbesitz sei noch nicht entschieden, auch
nicht von den Wissenschaftlern. Sie muß nach Bodenbesitz-
verhältnissen und Klima beurteilt werden. Nach privatkapitalistis-
chen Prinzipien dürfte nicht mehr gewirtschaftet werden. Der
Volkbetrieb soll durchaus nicht erlöschen werden. Die Be-
triebsgröße müsse sich nach den gegebenen Vorbedingungen
richten. Die Düngemittelwerke sollten sozialisiert werden. Alle
technischen Hilfsmittel, Maschinen usw. müssten zur Verfügung
gestellt werden. Landwirten, die ihren Boden nicht bearbei-
ten und wirtschaftlich verwerten oder Bauern treiben, also
ihre Pflicht gegen die Allgemeinheit nicht erfüllen, müsse auf
Grund eines Enteignungsgesetzes ihr Besitz enteignet werden.
Die Produktion müsse unter die Aufsicht des Staates gestellt
werden. Redner beantwortete wieder das Steilungsbeswen.

In der Aussprache über das Parteiprogramm will Dr.
Dieb, Karlsruhe, eine scharfe Grenze gegen die bürgerliche
formalistische Demokratie ziehen, die die Partei heute
allerdings noch braucht, weil sie eine Minderheitspartei sei.
Heute hängen die Dinge noch immer so, daß die Partei-
schaft, wenn sie nur hätte, mit dem Stimm-
maße eine Mehrheit für die Monarchie bilden
würde. Die Partei müsse gegen alle Ereignisse gerichtet sein
und sich nicht so sehr demokratisieren lassen. Schöpflin er-
klärt namens der badischen Delegierten, daß die Partei in
Halle gegenüber der Auffassung von Dr. Dieb an dem alten
demokratischen Standpunkte festhalte. Der Antrag des Re-
ferenten auf Einziehung einer Programmkommission wird mit
großer Mehrheit angenommen. Auch die von Georg Schmidt
empfohlenen Richtlinien über Agrarpolitik werden angenom-
men. Als Aktionsprogramm für die auswärtige Politik wer-
den folgende im Referat von Billa aufgestellten Punkte an-
genommen: 1. Die Revision des Versailler Vertrages nach
sozialistischen Gesichtspunkten, wie sie von der Zweiten In-
ternationale festgelegt sind. 2. Sofortige Inanspruchnahme und
Durchführung der Wiedergutmachung im Geiste des Wie-
deraufbaues der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich, mög-
lichst durch Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen
beider Länder. 3. Schaffung eines internationalen proletari-
schen Aktionsausschusses über die auswärtige Politik der
Arbeiterklassen durch die Zweite Internationale. 4. Sofortige
Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Bezie-
hungen zu Rußland. Ueber die Wohnungsfrage sprach Referent
Paul Hirsch, der frühere preussische Ministerpräsident,
jetziger Staatssekretär im preussischen Wohlfahrtsministerium.
Die Konkurrenz der Wohnungsnot ist die Spekulation in
Grund und Boden, das sind jetzt noch die ungeheuren Bau-
kosten gekommen. Dafür die Löhne der Bauarbeiter verant-
wortlich zu machen, ist falsch. Nach dem Jahrbuch des Bau-
arbeiterverbandes betragen jetzt die Löhne nur ein Drittel
der Baukosten, vor dem Kriege betragen sie die Hälfte. Die
Regierung hat nichts gegen die Not getan, sondern sogar der
wunderlichen Ausbeutung der Baukosten bill- und ratlos ge-
genüberstanden. Im April dieses Jahres war die Zahl der
Haushaltungen, die eine Wohnung suchen, in Groß-Berlin auf
80 000 gestiegen in Hamburg und München auf je 12 000. In
ganz Deutschland wurden im Februar 1 Million fehlende
Wohnungen gezählt. Von größter Bedeutung ist die Ueber-
nahme der Uebertrennungsaufschüsse durch das Reich, mit denen
wir noch auf Jahre hinaus zu rechnen haben werden, sowie
die Übernahme von Reichsdarlehen. Wohnbaupolitik ist
es, wenn Reich, Staat und Gewerkschaften Schulden für den
Wohnungsbau machen. Wir müssen auch der Sozialisierung
des Bauwesens unsere Aufmerksamkeit widmen. Der Min-

istrentwurf des Reichsarbeitsministers will die Mehrlohn-
der Bauten auf die gesamten alten Wohnungen und die neu
entstehenden Wohnungen abwägen. Das läßt nur auf eine
Wiederherstellung in der rohesten Form hinaus. Nach kurzer Dis-
kussion wird die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Der Parteitag der Unabhängigen.

In der Donnerstag-Sitzung polemisiert Stöcker (Radikal)
gegen Erffzien und bemerkt, daß die Gemäßigten, die den proletari-
schen Kampf charakterisiert hätten, bereits auf dem Wege nach
Kassel seien. Nach diesen Worten entfährt ein ungeheurer Lärm,
bei welchem es zwischen Redebour und Hoffmann zu wüsten Schim-
merereien kommt. Das gelindeste Wort ist Schall. Stöcker erklärt
dann noch, daß man mit dem Bürgerkrieg rechnen muß. In der
Nachmittags-Sitzung spricht der russische Vertreter Sinozjew und
sagt, daß die Arbeiterchaft der russischen Internationale das letzte
Bollwerk der Bourgeoisie sei. Seine Rede wird aufreißend und es
kommt mehrfach zu unangenehmen Ausbrüchen. Nach dieser Rede
verlegt sich das Haus auf Freitag.

Dr. Hülferding (rechts) ist der erste Redner am
Freitag und wendet sich gegen den russischen Delegierten Si-
nozjew und laute u. a.: Der Gipfelpunkt der Revolution ist
noch nicht erreicht. Wir müssen die ökonomische Zerrüttung
des Kapitalismus ausnutzen. Wie sich die Revolution in den
einzelnen Ländern entwickeln kann, läßt sich nicht von Mos-
kau aus bestimmen. Jedes Land kann allein überleben, wel-
che Opfer gebracht werden können. In der Agrarfrage vertreten
die Russen den reinen Machtpunkt, im Gegensatz zu
ihrem früheren Agrarprogramm. Uns soll man nicht zu-
muten, daß wir dieselbe Politik verfolgen müssen. Wir müssen
unser Selbstbestimmte bewahren, deshalb nehmen wir die
Kunabmebedingungen nicht an. Auf Gnadenbeziehungen
weisen wir. Die Spaltung muß eintreten. Kein
Sieger wird vom Parteitage gehen, wohl aber ein Besieger:
die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung. Nachdem der
russische Menschewik Martow der Hoffnung Ausdruck ge-
geben, daß die alte U. S. P. Redner an der Spitze der revo-
lutionären Parteien aller Länder, ergriff Lojowski (Ruß-
land) das Wort. Er wendet sich sehr heftig gegen die Rechte
und es entzündet darauf ein ungeheurer Skandal, so daß die
Verhandlung unterbrochen werden mußte. Da aber auch
nach der Wiedereröffnung sich die Erregung noch nicht legte,
wird die Verhandlung auf Sonnabend verlegt.

Politische Nachrichten.

Deutschland und das Saar-Rohlenabkommen.
Geneve, 15. Oktober. Nach einer „Temps“-Berichtung hat
die deutsche Regierung am 13. d. Mts. eine Neuregelung des
Saar-Rohlenabkommens bei Frankreich in Anregung gebracht.
Die Beilegungsfragen.
„Daily News“ schreibt im Veltartikel, Deutschland werde
durch die Milliarden, die es für die Beilegungsgruppen auf-
wenden müsse, langsam erdröckelt.
Neue Steuern.
Berlin, 15. Oktober. Im Reichsfinanzministerium sind
nach zuverlässigen Informationen bereits die Vorarbeiten
für eine neue Verbrauchsteuer und Vermögensabgabe am 30. Sep-
tember aufgenommen worden. Die Wiedergutmachungsfor-
derung der Entente ist bisher in den Steuerberechnungen noch
nicht zur Deckungsfrage gelangt.

Deutsche Widerlegung eines polnischen Weisbuchs.
Berlin, 15. Oktober. Von polnischer Seite ist ein
Weisbuch (Buletyn) zu traktat de paix par les Allemands
en Haute-Silesie“ zusammengestellt worden, das den Beweis
zu erbringen verucht, Deutschland habe sich in Übertreibung
der Verletzung des Friedensvertrages schuldig gemacht. Dieses
Weisbuch soll heutzutage in Spa von der polnischen Dele-
gation den alliierten und assoziierten Mächten überreicht und
fürzlich auch der allierten und neutralen Presse zugeleitet
worden sein. Die deutsche Regierung, der amtlich das Weis-
buch nicht angekündigt worden ist, hat sich ein Exemplar beschaffen
müssen. Das Ergebnis der von der deutschen Regierung so-
fort sorgfältig vorgenommenen Prüfung der polnischen Be-
weiskunde liegt nunmehr in einer vom Auswärtigen Amt
veröffentlichten Denkschrift der wahre Wert des polnischen
Weisbuchs vor. Danach sind von den veröffentlichten 47 Do-
kumenten 27, also der größte Teil gefälscht. Von den übrigen
20 Dokumenten sind 8 polnische Agentenberichte und Be-
richtungsmitteilungen ohne jede Vermerk. Sechs unkontrollier-
bare Privatbriefe und Schreiben ohne irgend welche Be-
deutung und lediglich acht echt, diese aber zum Teil noch
gefälscht. Diese 8 Dokumente beweisen aber nicht, was das pol-
nische Weisbuch behauptet will, nämlich das angebliche Vor-
handensein geheimer deutscher Kampforganismen in Ober-
schlesien und der ihnen von den Polen zugesprochenen Absicht,
sich mit Gewalt und sogar mit Unterstützung der deutschen Be-
hörden in den Besitz des Abstimmungsgebietes zu setzen. Wie
sich aus der Eingeldarstellung der amtlichen Denkschrift ergibt,
sind diese Dokumente einwandfrei und stellen zum Teil die
lokale Haltung der deutschen Regierung ausdrücklich fest.
Der polnische Versuch, mit Hilfe gefälschter oder nicht richtig-
föhrter Dokumente Deutschland die Absicht der Verletzung des
Friedensvertrages zu unterstellen, und es damit in den Augen
der Welt ins Unrecht zu setzen, wird durch die deutsche Ent-
gegnung vereitelt. Deutscherseits wird demnach auf Grund
besserer Beweismittel der Nachweis geführt werden, daß die
Absicht gewalttätiger Unternehmungen in Oberschlesien nicht
bei der deutschen Regierung, wohl aber auf polnischer Seite
bestanden und besteht.